

Volksernährung im Dorfe.

Die Versorgung der Städte und der Industrialorte beschäftigt die Öffentlichkeit so sehr, daß für die Beachtung der Zustände in unseren Dörfern kaum die nötige Aufmerksamkeit übrig bleibt. Nur selten liest man darüber vereinzelte Klagen. Um nun den Behörden wie den Städten ein Bild zu geben, wie es in den kleinen Gemeinden aussieht, bringen wir aus dem ausführlichen Bericht eines Dorfmannes die hervorsteckendsten Tatsachen; sie können zugleich zum Beleg dienen, wieviel Verständnis für die Aufgaben der Volksernährung auch bei einfachen Dorfbewohnern besteht und wieviel sie selbst zu richten imstande wären, wenn man nur den Mut hätte, sie in organischen Selbstverwaltungseinrichtungen heranzuziehen. Der Einfender, ein Eisenbahnarbeiter aus Sigmundsherberg, der auswärts in einem Dorfe wohnt, schreibt uns:

Die Eisenbahner, die in Sigmundsherberg stationiert sind, wohnen zum Teil in den umliegenden Dörfern Rodingersdorf, Klein-Weißelsdorf, Stöckern, Burg u. s. w., in Sigmundsherberg selbst rund achthundert Köpfe, in Klein-Weißelsdorf 35 Familien mit 150 Köpfen, ebensoviel in Rodingersdorf; dann folgen die anderen Ortsteile mit geringeren Ständen. Alle diese Gemeinden stehen ausschließlich unter der Verwaltung von Landwirten, welche unseren Bedürfnissen wenig Verständnis entgegenbringen und ihnen in keiner Weise Rechnung tragen. Es ist uns beinahe keine Möglichkeit gegeben, uns und unsere Familien nur halbwegs zu versorgen. Ich nehme eine dieser Gemeinden heraus, jene, wo ich wohne. Wir haben 85 bewohnte Gebäude, mit einer Einwohnerzahl von 527 Köpfen, wozu 17 kriegsgefangene Russen und 40 Flüchtlinge aus Ostgalizien kommen. Unter diesen 584 Personen zählen wir

172 Schulpflichtige und Jugendkinder. Von der Einwohnerschaft gelten 299 Personen in 39 Wirtschaftshöfen — teils Selbständige, teils Arbeiter — als Selbstversorger; sie bleiben also bei der Brot- und Mehl-, Kartoffel- und Fettversorgung außer Betracht, haben aber darum lange noch nicht ausgegoren, denn sie brauchen seit der letzten Zeit andere Konsumartikel, wie Zucker und Kaffee, Spiritus und Petroleum, und hätten darum selbst auch an Volksernährungsweisen ein Interesse. Bei der Brot- und Mehlerzeugung sind also 285 Personen in der Gemeinde versorgungspflichtig — eine so kleine Zahl, daß man es nicht glauben sollte, daß für sie in keiner Weise Ordnung zu schaffen ist.

Diese 285 Personen (gegen 299 Selbstversorger) verteilen sich auf 83 Haushaltungen, von denen genau 33 mit 123 Köpfen reine Eisenbahnerfamilien sind. Einige von diesen Haushaltungen haben auch etwas Eigenbesitz, zum Beispiel ein kleines Haus mit Garten, einige auch einen Schuppen und Stallungen für Meintierzucht. Die letztere war in Friedenszeiten für sie eine starke Aushilfe in der Ernährung, jedoch mußten sie bis auf die Abfälle von dem Gemüsegärtchen beinahe die gesamten Futtermittel kaufen. Da sie das jetzt nicht können, hat ihr täglicher Tisch einen fast unerträglichen Ausfall erlitten. Es ist bezeichnend, daß die Hälfte der Einwohner (285 neben 299) infolge unserer Gemeindeordnung keinerlei Recht und keine Vertretung in der Gemeinde besitzt, obwohl die Familienverhältnisse zumeist dem Staate dienen (33) und gewiß keine geringere Qualifikation besitzen als die Besitzer der 39 Wirtschaftshöfe.

Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß im Punkte der Volksernährung hier schlimmere Zustände herrschen als in vielen größeren Orten. Solange die Städte Eggenburg und Horn noch keine Regelung ihres Konsums vorgenommen hatten, konnten wir noch hier und da etwas aus den Städten erhalten; jetzt aber haben beide ihren Verbrauch an Brot, Mehl und allen anderen schwer erhältlichen Artikeln geregelt, ohne dabei an die Dörfer draußen zu denken. Unser Ort soll nun kein Brot von Horn, kein Mehl aber von Eggenburg erhalten. Eggenburg fast das Mehl für sich samt angeschlossenen zwanzig Gemeinden, zu denen auch wir gehören. Lieferant ist der Kommissar Sparholz aus Rosenburg am Kamp. Sobald diese Regelung eingetreten war, erklärte der Bäcker aus Horn, die Brotlieferung an uns einzustellen, da es sich nicht lohne, wegen einiger Kilogramm Brot eine Strecke von ein Kilometer mit Pferd und Wagen zu fahren. Unsere Gemeindeverwaltung erklärte sich für uninteressiert und unternahm keinen Schritt zur Abhilfe. Wir mußten wiederholt zur Bezirkshauptmannschaft Horn, die dem Bäcker den Auftrag gab, uns, soweit es geht, mit Brot zu versorgen. Wie das geschieht, zeigt folgende Uebersicht:

Im Monat Dezember erhielten wir 112 Kilogramm am 1., ferner 134 Kilogramm am 10., endlich 112 Kilogramm am 21. Dezember, zusammen 858 Kilogramm Brot. Bekommen hätten wir sollen auf Grund der ausgegebenen Proklarten: 210 Personen zu je 2340 Gramm, somit 470 40 Kilogramm, ferner 75 Personen zu je 5040 Gramm, somit 378 Kilogramm, endlich 33 Zusatzkarten für Schwerarbeiter zu je 5040 Gramm, somit 166 32 Kilogramm, insgesamt also 1014 72 Kilogramm!

Man sieht daraus, daß wir im Monat Dezember mehr als 1000 Kilogramm Brot zu beanspruchen und benötigt hätten, während wir tatsächlich nur 858 Kilogramm bekommen konnten, woraus sich ein Ausfall von 656 72 Kilogramm Brot ergeben hat. Nebenbei sei bemerkt, daß von der Gemeindeverwaltung niemals eine genaue Liste über die ausgegebenen Brot-, Mehl-, Zucker-, Fett- und Kaffeekarten geführt worden ist. Was nun die Verteilung mit Mehl anlangt, so hätten wir im Dezember zu beanspruchen gehabt: 210 Personen zu je 4000 Gramm = 840 Kilogramm, 75 Personen zu je 2000 Gramm = 150 Kilogramm, 33 Zusatzkarten zu je 2000 Gramm = 66 Kilogramm, zusammen 1056 Kilogramm. Bekommen haben wir jedoch selbständigerweise 1475 Kilogramm, somit um 419 Kilogramm mehr, als uns gebührt hätte. Es scheint also, daß wir hier begünstigt waren.

Das scheint aber nur, denn in dem Roggenmehl waren 660 Kilogramm Weizenmehl, 159 Kilogramm Gerstenmehl und 665 Kilogramm Hafermehl, das Hafermehl aber vollständig ungenießbar, so daß wir auch mit dem Mehl das Auslangen nicht finden konnten. Dazu kommt aber noch, daß wir auch nicht ein einziges Dekagramm Hülsenfrüchte bekommen, Kartoffeln wurden unseren Orten überhaupt noch nicht zugewiesen und vom Fett wollen wir erst gar nicht reden. Dabei ergeben sich die größten Unzulänglichkeiten. Kommen unsere Frauen vormittags in die Stadt, so heißt es, es wird nachmittags verkauft, kommen sie nachmittags, ist feigt Zeit mehr zu haben, die Fahrkosten und die stundenlange Wartezeit sind verloren. Wir haben wegen all dieser Schwierigkeiten oftmals bei der Bezirkshauptmannschaft vorgesprochen, die an die Gemeinde Aufträge erteilt. Immer vergebens, bis uns der Referent selbst zurief: „Bringen Sie mir den Bürgermeister!“ Der Bürgermeister erklärte uns, er lasse mit sich nicht kommandieren. In unserer Verzweiflung hielten wir eine Konsumentenbesprechung ab, wo wir ein Approvisionierungskomitee einsetzten, das wir uns Gemeindeamt sendeten. Das Gemeindeamt sprach aber diesem Komitee jedes Recht, zu bestehen, ab. Darauf forderte das Komitee, der Gemeindevorstand solle ein Mitglied in das Approvisionierungskomitee entsenden, sodann solle dieses Komitee den Auftrag übernehmen, sich um Hülsenfrüchte und Kartoffeln umzusehen, und vor allem den Verkauf von Brot und Mehl sowie die Brot- und Mehllieferung regeln, sonst werde die Ordnung in die Dinge kommen. Obwohl die Gemeinde uns die Anerkennung verweigerte, haben wir dennoch eine Konfignation ausgestellt, was wir brauchen an Brot und Mehl, Hülsenfrüchten, Kartoffeln, Fett und Futtermitteln für Schweine, Ställe und Ziegen. Diese Konfignation war im September 1916 fertiggestellt und wurde an die Bezirkshauptmannschaft wie an die Staatsbahndirektion eingeschickt. Bis heute warten wir und unsere Hausfrauen auf Antwort und auf Futter.

Da es in den anderen Gemeinden genau so aussieht und ebenso gärt, so haben wir ein gemeinsames

Approvisionierungskomitee aus allen benachbarten Ortsteilen zusammengezogen und wollen nun mit gemeinsamen Schritten die Sache unserer Ernährung weiter betreiben.

Dieser etwas gekürzte Auszug wird jeden aufmerksamen Beurteiler unserer Verwaltungseinrichtungen nicht mehr überraschen. Wie in einem kleinen Hohlspiegel ist die ganze Verwaltungsmisere hier zusammengefaßt: Erstens das ganz un sinnige System unserer Gemeindeverwaltung. Wir haben da eine Gemeinde mit 39 Wirtschaftshöfen und 584 Einwohnern; unter dieser Einwohnerschaft besteht beinahe die Hälfte aus öffentlichen Bediensteten, die eine besonders im Kriege höchst verantwortungsvolle Arbeit leisten, zu der gewiß keine geringere Qualifikation gehört als zum häuslichen Wirtschaftsbetrieb. Die meisten von ihnen verstehen ja auch diesen. Sie gehören 33 Familien an, die in ernster Arbeit ihren Hausstand erhalten. Diese 33 Familien von Eisenbahnern — neben 30 anderen proletarischen — sind in der Verwaltung völlig rechtslos und einfach Verwaltungshörige der 39 Wirtschaftshöfe. Die Gemeinde hätte die Aufgaben der Approvisionierung zu erfüllen und vor allem einen tagelosen Brotkartendienst einzuführen. Davon ist keine Rede, die Wirtschaftsbesitzer erklären sich daran einfach „uninteressiert“ und die 33 Familien müssen sich also gleichsam erst verschwinden, um einen Approvisionierungsdienst zu erzwingen, aber das will ihnen nicht gelingen.

Denn zweitens läßt die so beschaffene Gemeindevertretung mit sich „nicht kommandieren“. Die ganze Sinnlosigkeit unserer sogenannten Autonomie spricht aus dem Ausruf des Referenten der Bezirkshauptmannschaft: „Bringen Sie mir den Bürgermeister!“ Der vielfach bedauerenswerte Beamte, der heute am Sitz der Bezirkshauptmannschaft den Ernährungsdienst leitet, kann eine Stunde das Amt verlassen, kein Disziplinarittel gegen den gleichgültigen Gemeindevorsteher hat, soll einige Dutzend Ortsgemeinden verwalten, die sich hinter ihrer Autonomie verbarrikadieren, um allen staatlichen Anordnungen Trotz zu bieten.

Drittens aber zeigt die spontane Selbsthilfe der Konsumenten ganz klar und deutlich den Weg, der zu gehen ist. Wenn schon die Selbstversorger uninteressiert sind, so vertraue man doch das Approvisionierungskomitee, in das ein Gemeinderat entsendet wird, als Ortswirtschaftsrat mit den Aufgaben des Ernährungsdienstes, und diese Leute werden sie auch treffen, denn die gestellten Aufgaben sind im Grunde nur für Juristen schwierig; aber für den Mann aus dem Volke, der jahraus, jahrein dieselben Aufgaben für sich und seine Familie erfüllt und dabei schon längst die Kunst gelernt hat, mit jedem Heller zu rechnen, mit jedem Dekagramm zu sparen und kein Gramm zu verschwenden, sind alle Funktionen des Ernährungsdienstes, die uns heute solche Schwierigkeiten bereiten, von Haus aus gemeinverständlich! Beinahe können sie nicht verfehlt werden und nur derjenige trifft sie selbstredend nicht, dem nicht die Versorgung, sondern das Geschäft an der Versorgung die Hauptsache ist. Sobald ein Geschäftsmann seine Hand darinnen hat — und leider ist auch der Landwirt dabei Geschäftsmann geworden —, gibt er die Nahrungsmittel ab nach Gewinn oder nach persönlichen Beziehungen und die Masse der armen Leute geht mit völliger Sicherheit leer aus. Aus dieser Zustandschuldenerzeugung erwächst nur der eine Aus: Schaffung Ortswirtschaftsamter!